

Blog vom 31.10.2020 auf www.waltherjanssen.eu/blogs

Wo gehören wir hin?

Zwei Ereignisse im September 2020

Im September des Jahres 2020 kam in Belgien doch noch eine Regierung zustande, inmitten der Pandemie, beinahe zwei Jahre nach den Parlamentswahlen. In dieser Regierung sind mehr als die Hälfte der Wähler des Landes nicht vertreten und was noch bedeutsamer ist, die zwei größten flämischen Parteien sind von dieser Regierung ausgeschlossen. Das kann man je nach politischem Standpunkt im Fall einer dieser Parteien, der eher flämisch nationalistischen und rassistischen Partei Vlaams Belang durchaus verstehen. Bei der anderen Partei, der Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) ist dies insofern nicht ganz ungefährlich, da mit dem Regierungsprogramm auch eine Diskussion über eine weitere Verfassungsreform, beziehungsweise über die Zukunft des belgischen Staates, erneut verschoben wird und Zukunftsgedanken in einer Kommission beraten werden sollen. Nun erinnere ich mich daran, dass bei einer vorherigen Krise vor etwa zehn Jahren schon einmal ein solcher Zugang zu einer Verfassungsdiskussion verwehrt wurde. Diese Blockadehaltung geht vor allem von den wallonischen Parteien aus, insbesondere von der größten unter ihnen, der Sozialistischen Partei. Die Frage ist berechtigt, ob sich diese Parteien auf ewige Zeiten einer Diskussion über die Zukunft Belgiens verwehren können. Diese Verweigerung kann in eine Sackgasse münden und dahin führen, dass Flandern definitiv aus dem Staatsverband ausbrechen möchte und dass die beiden oben genannten Parteien noch mehr Stimmen bekommen, als sie ohnehin schon haben.

Im September hatte ich ebenfalls die Möglichkeit, in dem Nachrichten- und Meinungsportal von ostbelgiendirekt.be (OD) den Meinungen und Antworten zu folgen, die sich auf eine Nachricht der Redaktion bezogen. Eine Meinungsumfrage hat ermittelt, dass wohl jeder vierte Belgier nicht den Fortbestand des Königreichs wünscht. Jetzt mal abgesehen von der Tatsache, dass man sich in diesem Forum nicht unter seinem Namen melden muss, sondern mit so amüsanten Pseudonymen wie Mimi, Törö oder Ost-Belgier auftreten kann, überraschen doch die Offenheit und Vielfalt, die man dort findet. Gerade der Chefredakteur wird dies wohl als Beweis dafür anführen, wie wichtig die Anonymität ist, um diese Meinungsäußerungen zu erfahren. Allerdings sind die Standpunkte letztendlich doch sehr emotional, wenig stichhaltig und sie zeugen auch nicht von einer tiefen Sachkenntnis. Bei der Ausdrucksweise und den dort vermittelten abstrusen Gedanken, sieht man sich allerdings manchmal in Pegidaland versetzt, auch was die Verdrossenheit, die Rechtslastigkeit und den rassistischen Inhalt der Kommentare betrifft. Ruhige Sachkenntnisse und zivilisierter Umgang miteinander sind offensichtlich nicht erwünscht. Es ging in diesem genannten „thread“ um die Wahrscheinlichkeit des Auseinanderbrechens von Belgien und der weiteren Frage, wohin mit Deutschostbelgien? Deshalb möchte ich versuchen, meine Sicht der Dinge in dieser Frage wieder zu geben.

Ähnlich wie in der Identitätsfrage, hat sich bei mir im Laufe von Jahrzehnten eine Meinung herausgebildet, die nicht unbedingt dem Mainstream entspricht. Aber was ist überhaupt Mainstream, wenn es um die Frage geht: Wo gehören wir hin? Bei den Begriffen verwende ich auch bewusst Deutschostbelgien und nicht Ostbelgien, weil dies der korrekte Begriff ist, wenn man das deutsche Sprachgebiet Belgiens mit den neun Gemeinden, die verfassungsrechtlich so genannte Deutschsprachige Gemeinschaft (DG), meint. Mit der Wortwahl möchte ich deshalb ausdrücklich nicht vergangene Geister hervorbeschwören, sondern mich konkret auf den deutschsprachigen Teil Ostbelgiens beziehen. Ähnlich spricht man in der Eidgenossenschaft von Deutschschweiz oder Welschschweiz, ganz zu schweigen im Fall von Nord-Schleswig oder Süd-Schleswig.

In den „Meinungen und Standpunkten“ auf OD konnte man zu der Frage seriöse und unseriöse Standpunkte finden, wie zum Beispiel: *Belgien ist Spitze! Eupen zu Deutschland? Sankt Vith zu Luxemburg?*

Es gab aber noch andere Vorschläge. Bezeichnend war, dass in diesem Meinungsspektrum viele Stimmen das Gebiet auf keinen Fall in Wallonien verorteten, andere wiederum eine Volksbefragung vorsahen und wieder andere abstruse Standpunkte äußerten. Nun sind die Leser des Nachrichtendienstes OD sicher nicht repräsentativ für die gesamte Bevölkerung oder auch nicht für die politisch interessierte Gemeinschaft, aber an einer Meinungsbildung zu der Frage: *Wer sind wir? Und wo gehören wir hin?* kommen die Bürger Deutschostbelgiens nicht vorbei, aus Gründen die ich hier erklären möchte.

Dies hat auch mit der Frage zu tun: Welches Europa wollen wir überhaupt?

Auch heute noch, ähnlich wie zur Zeit der Gründungsphase der europäischen Einigung nach dem Falen des Zweiten Weltkriegs, müssen wir uns die Frage stellen, welches Europa wollen wir überhaupt? Den Gedanken an einen europäischen Staatenbund gab es schon vor dem Zweiten Weltkrieg (Stresemann), aber bleiben wir bei der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Kurz nach Kriegsende wurden zunächst zwei Modelle hervorgehoben, die sich als eine Lösung anboten: Es war dies aufgrund der Rede von Winston Churchill in Zürich 1946, das Modell der Vereinigten Staaten von Europa und das zweite war das Modell eines Staatenbunds oder eines Bundesstaates. Dieses Modell gelangte in den folgenden Jahren zur schrittweisen Umsetzung. Bis es zu ersten Einigungsschritten kam, dauerte es noch eine Weile. Diese Einigungsetappen sind der Nachkriegsgeneration alle geläufig, es begann mit dem Europarat, der EGKS, der Euratom, und ging dann von der EWG in kleinen Schritten hin zur Europäischen Union und dem Vertrag von Maastricht. In der politischen Wissenschaft und im politischen Diskurs entwickelten sich parallel und danach verschiedene Modelle für eine europäische Integration und es gibt viel Literatur zu diesem Thema. Die vier Modelle sind: Der „Europäische Bundesstaat“; der „Staatenbund“, das Modell „Europa der Regionen“ und das Modell „Differenzierte Integration“. Details sind sehr schön in dem Schülerlexikon „Lernhelfer.de“ dargestellt, natürlich auch in vielen anderen Veröffentlichungen.

Mein persönlicher Vorzug geht eindeutig zu dem Modell „Europa der Regionen“ und ich möchte erklären, wie auch unsere Gebietskörperschaft in ein solches Modell integriert werden sollte. Im Lernhelfer ist das Modell „Europa der Regionen“ wie folgt beschrieben: Das Konzept eines „Europa der Regionen“ zielt auf ein „Europa der drei Ebenen“ ab, d. h. dass neben der europäischen sowie der nationalen Ebene auch die Regionen bei Entscheidungen in regionalen Interessen betreffende Politikfelder mitbestimmen. Eine Stärkung eines „Europa der Regionen“ hat mit der Einrichtung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Jahr 1993 stattgefunden, der die Interessen der Regionen auf europäischer Ebene vertritt. Auf diese Weise sollen nicht nur die Zuständigkeiten der Regionen gewahrt, sondern auch ein Beitrag zu größerer Bürgernähe geleistet werden. Letzteres hängt damit zusammen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit überschaubaren politischen Einheiten wie den Regionen eher identifizieren können als mit „bürgerfernen“ EU-Organen. Durch die Mitwirkung der Regionen am europäischen Entscheidungsfindungsprozess kann folglich die Legitimität der Europäischen Union gesteigert werden, sowie das im Maastrichter Vertrag festgeschriebene Ziel, Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen, umgesetzt werden.

Trotz dieser Vorteile ist mit dem Konzept eines „Europa der Regionen“ die Problematik verbunden, dass sich die Regionen innerhalb der EU stark unterscheiden hinsichtlich ihrer Größe und ihrer Kompetenzen. Dieses Modell wird von regionalen Vertretern sowie von Staaten mit föderaler Verfasstheit, wie zum Beispiel Österreich, Deutschland und Belgien befürwortet

(siehe hierzu auch die Verlinkung zum PDF

<https://www.lernhelfer.de/sites/default/files/lexicon/pdf/BWS-POL-0602-05.pdf>).

Kritiker dieses Modells befürchten, dass durch die damit verbundene Zunahme der am Entscheidungsprozess beteiligten Akteure die Entscheidungsfindung erschwert wird. Diese Entscheidungsfindung wird auch heute durch die Einstimmigkeitsregel torpediert, wie wir jeden Tag aufs Neue erkennen müssen. Intern hat sich jedoch die Europäische Union seit Maastricht und in den Jahren danach verstärkt dafür eingesetzt, die Regionen Europas an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, weil man gemerkt hat, dass die Akzeptanz der Bürger für Europa schwindet, wenn man nicht das Subsidiaritätsprinzip einführt. Einfach ausgedrückt sollen nach diesem Prinzip Kompetenzen und Entscheidungen, die nicht auf EU Ebene (der gemeinschaftlichen Ebene) entschieden werden, möglichst nahe beim Bürger entschieden werden, also in der Kommune, dem Kreis, der Region, dem Bundesland, dem Land).

Welche Aufmerksamkeit erzielt dieses Modell in Deutschostbelgien? Bemerkenswert ist, dass dieses Modell in Deutschostbelgien recht wenig im öffentlichen politischen Diskurs zu finden ist, obschon der frühere Minister-Präsident Karl-Heinz Lambertz einmal Präsident des Ausschusses der Regionen (AdR) war. Vielleicht hat noch nicht erkannt, wie bedeutungsvoll die Stärkung der Regionen auf europäischer Ebene auch für unsere Region sein kann und sein wird. Die Politik hat dies der Bevölkerung nicht ausreichend vermittelt und die europäische Komponente wird auch nicht ausreichend in Erinnerung gerufen. Dem Europaparlamentarier muss man zu Gute halten, dass er sich gelegentlich zu Wort meldet. Es wäre aber die Aufgabe der Parteien, für mehr Information, Bewusstseinsbildung und Transparenz zu sorgen. Wenn man nämlich dem Twitter-Konto des AdR folgt (@EU_CoR), so kann man erkennen wieviel in den Regionen los ist und wie sich diese in die europäische Entscheidungsfindung einbringen. Bei uns hat man K.H. Lambertz Selbstdarstellung und vieles mehr vorgeworfen. Dabei spielt die Person selbst nicht die wichtige Rolle, vielleicht hat auch K.H. Lambertz die Bedeutung dieses Gremiums und dieses Modells zu wenig kommuniziert, gerade hier bei uns. Sein Mitgestalten zeigt allerdings, dass er ein solches Ziel verfolgt. Es stimmt natürlich, dass der AdR nur beratende Funktion hat, aber immerhin. Auch andere von der EU geförderten Zusammenschlüsse haben nur beratenden Status, zum Beispiel die Europaregionen oder Euregios, zu der wir in der Euregio Maas-Rhein ja auch gehören. Es handelt sich dabei um grenzüberschreitende Körperschaften, die den Zusammenhalt der Menschen über Grenzen hinweg fördern sollen. Der frühere Europa-Parlamentarier Mathieu Grosch war ein Verfechter der Euregio. Das alles wird aber hier im Gebiet nicht so richtig wahrgenommen. Man spricht vielmehr von den Kosten (Schade um das Geld!), aber nicht vom Nutzen. Man schimpft auf zu viele Parlamente, sieht aber nicht, dass die Zentralisierung eigentlich ein Rückschritt wäre, der eher in Richtung nationalistischer Tendenzen führt. Was auf der untersten Ebene entschieden werden kann, soll auf der untersten Ebene entschieden werden (Subsidiaritätsprinzip) und im Modell „Europa der Regionen“ gäbe es über der regionalen Ebene nur die staatliche Ebene und die europäische Ebene.

Die Verfechter der reinen Lehre des Modells „Europa der Regionen“, würden sogar die Staaten abschaffen wollen, weil diese immer der Zankapfel sind und, wie man heute sieht, leider auch bleiben. Manche Staaten stehen für einen Rückfall in die dunklen Zeiten des Nationalismus, ja sogar des Faschismus. Aber machen wir uns nichts vor, überall sind die Populisten, Nationalisten und Faschisten auf dem Vormarsch und erzielen bei Wahlen schon beachtete Erfolge. Die staatliche Ebene aufzulösen wird aber schwer durchsetzbar sein und trotzdem meine ich, sollten wir dafür kämpfen. Wir sehen gerade ein Aufflammen der Nationalismen und stehen schon nahe am Abgrund, ohne es zu merken.

Belgien und seine Regionen: Bausteine im Mosaik Europas

Auf Belgien bezogen bedeutet dies, dass unterhalb der staatlichen Ebene die Regionen bereits als regionale Ebene bestehen (in Belgien werden bisher ja zwei Begriffe verwendet, Region und Gemeinschaft). Unterhalb der regionalen Ebene können die Provinzen verschwinden, bleiben müssen hier alleine die Gemeinden. Lieber größere Gemeinden und Gemeindeverbände gründen als viele einzelne Gemeinden. In den größeren Gemeinden auch lieber Ortsvertretungen bilden.

Wenn in Belgien aber heute drei Regionen bestehen, Flandern und Wallonien und die Metropole Brüssel, so stellt sich zu Recht die Frage, wo wir hingehören? Das Argument, das Deutschostbelgien zu klein sei für eine eigene Region, lasse ich nicht gelten. Sofern Belgien weiterhin Bestand hat, muss die heutige Deutschsprachige Gemeinschaft (DG) eine vierte Region bilden. Das Konstrukt mit Regionen ist also heute schon in Belgien Realität, mit der Einschränkung, das Deutschostbelgien keine eigene Region ist. Zur Information: Europa besteht heute aus 337 als solche definierten Regionen, aber nur Belgien, Deutschland und Österreich haben eine föderale Verfasstheit, in der Körperschaften auch echte eigene Kompetenzen haben. Dies nur um zu erwähnen, das Deutschostbelgien durchaus eine Region sein könnte. Die autonomen Regionen Grönland, die Färöer oder Åland haben nur 56.000 Einwohner, respektive 49.000 und 28.000 Einwohner, ohne von den Zwergstaaten Gibraltar, Andorra oder San Marino zu sprechen.

Belgien als Konföderation? Für den Fall das Belgien sich zu einer Konföderation entwickelt, ist die spannende Frage, wieviel Teilstaaten diese Konföderation hat. Die Spielregeln wurden in Voraussicht der nächsten Wahlen in 2024 dahingehend festgelegt, dass das nächste Parlament wohl eine dann 7. Verfassungsreform in Angriff nehmen soll. Insofern wird die Angelegenheit nun konkret und es kommt auch bereits zu ersten Äußerungen von Politikern um die Pflöcke einzuschlagen. In Deutschostbelgien hat man sich durch mehrere Resolutionen festgelegt, dass man eine vierte Region sein möchte und dies auch als so etwas wie die einzig denkbare Lösung ansieht.

Die öffentliche Diskussion hat noch nicht an Fahrt aufgenommen, aber man kann weiterhin davon ausgehen, dass diese Festlegungen von 2011 und 2012 noch Gültigkeit haben. In der Bevölkerung gibt es hier und da einzelne Vorbehalte, aber es gibt auch weitsichtige Ansätze die sich bereits mit der Umsetzung dieser Aufgabe beschäftigen. Die Vorbehalte der ausufernden Kosten kann man nicht gelten lassen, sie werden auch oft als populistische, dümmliche Meinung in den Ring geworfen. Aber bei den Ebenen die vorgesehen sind müssen eben neben den Gemeinden, den Regionen alle anderen Ebenen verschwinden (der Senat, die Provinzen, die Gemeinschaften, um nur einige zu nennen). Die positiven Zukunftsvisionen hingegen beschäftigen sich zu recht mit den notwendigen Fachkompetenzen unserer Bürger um die zugewiesenen Aufgaben auch erfolgreich erledigen zu können. Hier muss man im Blick haben, dass unser Gebiet zwar wenig Industrie an sich, dafür aber über einen sehr guten Mittelstand und über viele gute Dienstleistungspotentiale verfügt, im Bereich Schule und Erziehung, Kultur, Seniorenbetreuung und Tourismus zum Beispiel.

Zu klein ist unser Gebiet also auf keinen Fall, es gibt genügend Beispiel wie auch kleine Einheiten gut funktionieren können und ganz nahe am Bürger dran sind.

Bei diesem zurzeit diskutierten Modell der vier Regionen, muss man sehen müssen, inwieweit die Region Flandern sich damit zufrieden gibt. Dies wird sicher abhängen vom Status der Region Brüssel

Konföderation

Sollte die Entwicklung hin zu einer Konföderation gehen, so ist der Status von Ostbelgien sehr viel schwieriger durchzusetzen. Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass eine Konföderation aus mehr als zwei Teilstaaten besteht. Da das Problem Brüssel dann aber nicht so leicht zu lösen ist, bleibt eine Zweier-Konföderation ebenso schwierig umzusetzen.

In einem solchen Fall ist es sicher notwendig, für Deutschostbelgien eine umfassende Befragung der Bevölkerung vorzunehmen, und vielleicht nicht nur für Deutschostbelgien. Vielleicht wollen ja auch Teile der Provinz Luxemburg lieber zum Großherzogtum gehören. Fragen stellen sich zumindest auch für Malmédy und für Montzen.

Für Deutschostbelgien gibt es folgende Varianten: 1) sind wir als Region ein eigenständiger Teilstaat der Belgischen Föderation? 2) Möchte das Gebiet zum Teilstaat Wallonien gehören? 3) Möchte Deutschostbelgien lieber in seiner Gesamtheit zur Bundesrepublik Deutschland gehören und einen entsprechenden Antrag zum Beitritt stellen? 4) Oder stellen der Norden (Eupen) und der Süden (Sankt Vith getrennte Anträge für einen Beitritt zu Rheinland-Westfalen oder zu Rheinland-Pfalz? 5) Oder möchte der Süden lieber vereint werden mit dem Großherzogtum Luxemburg.

Viele Varianten also, die man demokratisch diskutieren und abwickeln kann.

Kann es zur Auflösung des belgischen Staates kommen?

Es bleibt abzuwarten, ob die nächste Staatsreform schon den Weg aufzeichnet für eine Konföderation. Es könnte für diese Lösung vielleicht eine Mehrheit in Flandern geben, weniger in Wallonien. Wenn es allerdings nicht gelingt eine Lösung mit vier Regionen zu finden und auch keine Konföderation aus der Taufe zu heben, so darf man gespannt sein, wie sich das belgische Staatswesen weiter entwickelt oder ob es sich der Staat auch auflöst.

Sollte sich Belgien aber auf demokratischem Wege auflösen, so stellt sich eine neue Frage? Gibt es dann eine Republik Flandern und eine Republik Wallonien? Eine solche Trennung ist möglich, die Tschechoslowakei hat dies vorgemacht, mit der Gründung einer tschechischen und slowakischen Republik. Wenn Deutschostbelgien weder Flandern noch Wallonien angehören möchte, so müssen wir uns für eine andere Variante entscheiden. Dabei bieten sich die gleichen Optionen an, wie im Falle der Konföderation und diese Varianten müssten wir erneut auf demokratischem Wege verhandeln und letztendlich entscheiden. Es könnte wohl niemand in Europa verstehen, dass Deutschostbelgien ein eigener Staat werden möchte, wo man doch zweifellos zur deutschen Kulturgemeinschaft gehört. Historisch betrachtet sind die beiden Kreise Eupen-Malmédy erst 1815 auf der Bühne der Weltpolitik erschienen. Ihre damalige Verfasstheit besteht schon lange nicht mehr, denn inzwischen ist man eine verfassungsrechtliche Körperschaft des belgischen Staates.

Es wäre bei einer Auflösung Belgiens wohl naheliegender, die anderen Optionen zu ziehen: Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland oder differenzierte Zugehörigkeiten, wie oben beschrieben.
